

Einleitung	7
I. Die Ausnahmegesetzgebung des absoluten Staates	11
1. Die Judenordnungen	11
1.1 Das Aufnahmedikt von 1671	11
1.2 Das General-Privilegium von 1730	13
1.3 Die Judenpolitik Friedrichs II.	15
2. Die Entdeckung des Juden als nützlichen Mitmenschen	19
2.1 Dohm und sein Verbesserungskonzept	19
2.2 Erste Begegnungen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Intellektuellen und ihr Scheitern	23
2.3 Erste Bemühungen der Berliner Judenschaft um eine rechtliche Verbesserung	26
2.4 Erste Anzeichen zur "Produktivierung" in den ehemals polnischen Gebieten	29
II. Die Aufnahme der jüdischen Bewohner als "Staatsbürger"	34
1. Die Anerkennung der Juden als Stadtbürger	34
1.1 Die Einbindung der jüdischen Rechtsverhältnisse in ein allgemeines Reformkonzept	34
1.2 Die Erlangung des Städtebürgerrechts	37
1.3 Die Bedeutung des Bürgerrechts für die Juden	38
2. Die Diskussionen über eine Verbesserung der jüdischen Rechtslage. 1808 - 1810	39
2.1 Der Schröttersche Entwurf	39
2.2 Die Gutachten: "Verbesserung" oder "Emanzipation"	44
2.3 Perspektiven einer künftigen Gesetzgebung	49
3. Der Abschluß eines allgemeinen Judengesetzes unter Hardenberg	51
3.1 Die Bedeutung der Notabelversammlung für die Juden	51
3.2 Erneute Ansätze zur Reformierung der jüdischen Rechtsverhältnisse - Französische Einflüsse?	56
3.3 Das Eingreifen Hardenbergs und Friedrich Wilhelms III.	60
4. Das Edikt vom 11. März 1812	62
4.1 Die Einbürgerung der Juden	62

4.2 Reaktionen jüdischer Gemeinden	67
4.3 Stimmen aus der Öffentlichkeit	68
a) gegen die Einbürgerung	68
b) gegen die wirtschaftliche Gleichstellung	69
III. Versuch einer zentralen Lösung der Judenfrage	71
1. Der Wiener Kongreß	71
2. Der Deutsche Bundestag	75
IV. Publizistische Reaktionen	78
1. Antijüdische Schriften	78
2. Verteidigungsschriften nichtjüdischer Provenienz	88
3. Das Engagement jüdischer Intellektueller	90
V. Das Edikt von 1812 - ein Privilegium	100
1. Die Aufgabe einer einheitlichen Judengesetzgebung	100
1.1 Die jüdische Minorität im Jahre 1815	100
1.2 "Staatsbürger" oder Schutzverwandte?	107
1.3 Die Entscheidung für den Status quo	114
2. Konsequenzen	117
2.1 Die Aufhebung der Freizügigkeit	117
2.2 Der Status der Nichtstaatsbürger	119
2.3 "Staatsbürgerrecht" vor Stadtbürgerrecht	124
2.4 Die Verlängerung des "schändlichen Dekretes"	125
2.5 Allgemeiner Ausschluß von den Staatsämtern	129
2.6 Auswirkungen auf wissenschaftliche Laufbahnen	136
VI. Im Spannungsfeld von "Erziehungsdoktrin" und sukzessiver Gleichstellung	141
1. Diskussionen in der Regierung und in der Öffentlichkeit	141
1.1 Der Versuch einer partikularen Lösung für das Großherzogtum Posen	141
1.2 Öffentliche Einstimmung auf den "christlichen Staat"	146
1.3 Der verfassungspolitische Ausschluß der jüdischen Minorität	149
2. Die Voten der ersten Provinziallandtage und die Reaktion der Zentralregierung	153
2.1 Die Reaktion der Zentralregierung	158

VII. Die Durchsetzung der "Erziehungsdoktrin"	160
1. Das Scheitern einer allgemeinen Judenordnung	160
1.1 Die Gesetzesinitiative des Innenministers Brenn vom 11. 12. 1830	160
1.2 Die Einwände der Staatsminister	164
2. Die Anerkennung Posens als Sonderfall	168
2.1 Vorüberlegungen zur Lage der Juden in Posen	168
2.2 Das Separat-Gesetz für die Provinz Posen	171
2.3 Die Posener Judenordnung als praktiziertes "Erziehungs-Reglement"	177
3. Der Streit über künftige Richtlinien für eine allgemeine Judenordnung im Staatsministerium	181
4. Das Stimmungsbild im Staatsrat	184
4.1 Die Stellung der Juden in der revidierten Städteordnung von 1831	184
4.2 Tendenzen der revidierten Städteordnung	186
VIII. Die Problematik der Emanzipation der Juden im Spiegel der Öffentlichkeit	188
1. Der Begriff "Emanzipation der Juden"	188
1.1 Gegensätzliche Positionen zur Emanzipation der Juden	192
1.2 Gegner der Emanzipation der Juden	195
1.3 Verteidigungsschriften	198
2. Reaktionen auf die Preußische Judenpolitik	203
2.1 Amtliche Information und Gerüchte über eine "neue Judenordnung"	203
2.2 Die preußische Judenpolitik im Kreuzfeuer der Öffentlichkeit	206
2.3 Exkurs: Die "Emanzipation der Juden" in der literarischen Welt	214
2.4 Ergebnisse	217
IX. Differenzen über eine Neuordnung der jüdischen Rechtsverhältnisse im Staatsministerium und im Staatsrat. 1834 - 1840	219
1. Die Lösungsversuche der Innenminister	219

1.1 Erneuter Vorschlag Brenns: Absage an eine allgemeine Judenordnung	219
1.2 Neue Probleme: Gegensätzliche Tendenzen in den Westprovinzen	223
1.3 Innenminister Rochow und die Entscheidung Friedrich Wilhelms III.	226
2. Die Kompromißvorschläge des Staatsministeriums	234
3. Die ablehnende Kritik des Staatsrats	239
3.1 Die Vorberatung in den Abteilungen des Staatsrats	239
3.2 Die Ablehnung durch das Plenum des Staatsrats	245
X. Friedrich Wilhelm IV. und der "christliche Staat"	251
1. Die Aufgabe des Erziehungskonzeptes	251
1.1 Die A.K.O. vom 13. 12. 1841	251
2. Proteste in der Öffentlichkeit gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Minorität	255
2.1 Reaktionen jüdischer Gemeinden	255
2.2 Die "Judenfrage" und "Emanzipationsfrage" in der Publizistik	264
3. Die Reaktionen der Provinzen auf die A.K.O. v. 13. 12. 1841	274
3.1 Die Stellungnahmen der Provinzialregierungen	274
3.2 Der Vorstoß des 7. rheinischen Landtages	294
3.3 Antijüdische Reaktionen in der Provinz Westfalen	301
3.4 Die Voten der Provinziallandtage im Jahre 1845	304
4. Zwischenergebnisse	319
4.1 Einleitende Maßnahmen zur Judenpolitik Friedrich Wilhelms IV.	319
4.2 Vorentscheidung: Die Ausdehnung der Militärpflicht	323
5. Die Beratungen über eine allgemeine Judenordnung im Staatsministerium	328
5.1 Beratungen zur Ordnung der bürgerlichen Verhältnisse	328
5.2 Beratungen zur Ordnung des Kultus- und Unterrichtswesens	333
5.3 Der Gesetzentwurf von 1847	335

XI. Der Vereinigte Landtag, der "christliche Staat" und die Publizierung des Judengesetzes von 1847	338
1. Der Vereinigte Landtag und der "christliche Staat"	338
1.1 Die Errichtung des Vereinigten Landtages	338
1.2 Angriffe gegen den "christlichen Staat"	340
2. Der Entwurf einer Verordnung, die Verhältnisse der Juden betreffend, in den Verhandlungen der Kurien	342
2.1 Stimmen der Öffentlichkeit zur bevorstehenden Ent- scheidung über die neue Judenordnung	342
2.2 Die Verhandlungen in der Ständekurie	345
- Die Vorentscheidung in der Abteilung der Ständekurie -	345
- Die Grundsatzdebatte im Plenum der Ständekurie -	351
2.3 Die Verhandlungen in der Herrenkurie	365
- Die Vorentscheidung in der Abteilung der Herrenkurie -	365
- Die Entscheidungen im Plenum der Herrenkurie -	366
3. Das Judengesetz von 1847	368
3.1 Die Entscheidungen im Staatsministerium	368
3.2 Neue Perspektiven aus der Judenordnung von 1847?	371
XII. Ausblick: Wandlungen in der preußischen Judenpolitik von 1848 bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes. Die Aufhebung aller Einschränkungen 1869	373
1. Die Entscheidungen im Revolutionsjahr 1848/49	373
2. Die revidierte Verfassung vom 31. 1. 1850	376
3. Von der verdeckten zur offenen Restriktionspolitik der Staatsminister	377
4. Der Beginn einer verfassungskonformen Judenpolitik	383
5. Ungebrochene Kontinuität der Restriktionspolitik im Justiz- und Kultusministerium	386
6. Die Aufhebung der Restriktionspolitik durch den Norddeutschen Bund	391
Rückblick	396
Verzeichnis der Abkürzungen	404
Anmerkungen	405
Verzeichnis der Quellen und Literatur	537